

# Freiburger Nachrichten

Einzige deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Mittwoch, 10. November 2021

Nr. 261

## Eishockey

Nach 20 Jahren als Eishockey-Profi geniesst es Marc Abplanalp, bei den Düdingen Bulls Amateur zu sein.

Seite 11



**HÖRBERATUNG**  
DÜDINGEN & WORB

Bester Service im  
**Phonak Lyric**  
Kompetenz-Center

Niemand sieht, wie gut Sie hören.

HÖRBERATUNG DÜDINGEN  
Hauptstrasse 8 | 3186 Düdingen  
Tel. 026 493 00 40

## Die Freiburger Mitte gibt ihren dritten Staatsratssitz auf

Im zweiten Wahlgang für die Staatsratswahlen tritt eine bürgerliche Fünferliste gegen eine linke Viererliste an. Die Mitte und die SP verzichten je auf eine Kandidatin.

**FREIBURG** Der Druck ist zu gross geworden: Um die rechte Mehrheit in der Regierung zu sichern, hat sich die Mitte bereiterklärt, Luana Menoud-Baldi als Kandidatin zu opfern. Dies hat die ausserordentliche Versammlung der Mitte gestern mit grosser Mehrheit beschlossen. Damit wird die Partei erstmals mit weniger als drei Personen in der Regierung vertreten sein. Mit diesem Zugeständnis der Mitte waren die Partner bereit, eine Liste mit zwei Mitte-, zwei FDP- und einem SVP-Kandidaten einzugehen. Die SVP entschied, von ihren vier Kandidaten Philippe Demierre für die zweite Runde zu nominieren. Im linken Lager war die SP bereit, ihre dritte Kandidatin Alizée Rey aufzugeben. Dafür tritt die CSP mit Sophie Tritten erneut an.

Bericht Seite 3



Das Abenteuer für Luana Menoud-Baldi dauerte nur bis zum ersten Wahlgang.

Bild Charly Rappo

## Uvek sagt Nein zur Strasse Birch-Luggiwil

**DÜDINGEN** Die Verbindungsstrasse Birch-Luggiwil, welche von der Autobahnausfahrt Düdingen direkt zur Strasse nach Murten führen soll, beschäftigt Düdingen schon lange. Für die Befürworter der Strasse gibt es jetzt schlechte Nachrichten: Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) erteilt dem Projekt eine Absage. Es zweifelt

darin, dass dieses überhaupt in die Zuständigkeit des Bundes gehört. Zudem gibt es aus verschiedenen Bundesämtern Kritik daran.

Der Staatsrat will den Entscheid nicht hinnehmen. Staatsratspräsident Jean-François Steiert fordert in einem Brief eine Aussprache mit der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga. *nas*

Bericht Seite 2

## Baumeister provozieren mit Ausstiegszenario

**ZÜRICH** Der Schweiz steht nächstes und übernächstes Jahr ein heisser Arbeitskampf auf den Baustellen bevor: Der Branchenverband der Baumeister hat nämlich schon mehrere Monate vor Beginn der Verhandlungen dargelegt, warum er es sich vorstellen könnte, den ungeliebten aktuellen Gesamtarbeitsvertrag nicht über 2022 hinaus verlängern zu wollen. Er argu-

mentiert unter anderem mit einer Auftragsstudie, laut der die Löhne im Schnitt bei einem vertragslosen Zustand gar steigen würden. Die Reaktion darauf der Gewerkschaften fällt harsch aus: Sie drohen damit, wie schon in der Vergangenheit die Arbeitnehmenden zum Streik aufzurufen und somit zum Arbeitskampf aufzurufen. *TA/cja*

Bericht Seite 17

## Ein Grund für Gewalt ist Armut

**BERN** Ausbildung und Herkunft haben wenig Einfluss darauf, ob jemand in seiner Beziehung Gewalt erlebt. Hingegen spielt die Höhe des Einkommens eine Rolle. Zwar sind auch Gutverdienende betroffen, aber weniger als Menschen mit tiefem Lohn. Das zeigt eine neue, repräsentative Studie, die die Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein in Auftrag gegeben hat. *TA*

Bericht Seite 14

## Ein kleines Dorf ist für ein Jahr Steuerparadies

**FREIBURG** Die Seebezirkler Gemeinde Greng muss den Status des Steuerkrösus für das Jahr 2019 einer französischsprachigen Gemeinde überlassen. Dies geht aus der neu veröffentlichten Steuerstatistik hervor. Aurbanges aus dem Glanebezirk weist pro Einwohner ein Steueraufkommen von 11246 Franken aus, gegenüber 9745 Franken von Greng. Der Geldsegen von Aurbanges beschränkt sich aber nur auf ein Jahr, in dem sich Geschäftsinhaber ihre Dividenden haben auszahlen lassen. Danach wurden diese höher besteuert. *uh*

Bericht Seite 2



## Jubiläum

### Stedtl-Kino feiert runden Geburtstag

**MURTEN** Trotz grosser Konkurrenz kann das Kino «le cinéma Feuerwehrmagazin No.1» sein 20-jähriges Bestehen feiern. Das kleine Murter Stedtl-Kino setzt seit Beginn auf ausgewählte Filme im Originalton mit Untertiteln. Zum Jubiläum gibt es Gratisvorstellungen. *emu/Bild ce*

Bericht Seite 7

## Schlagzeilen

**Todesserie im Heim**  
Die Todesserie in einem Pflegezentrum in Giswil erhitzte die Gemüter. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Seite 15

**Gestohlene Daten**  
Im Darknet sind seit letzter Woche Steuererklärungen zu finden. Damit erreicht die Cyberkriminalität eine neue Dimension.

Seite 16

**Im Niemandsland**  
Die Flüchtlinge an der weissrussischen Grenze zu Polen und Litauen sind Opfer eines zynischen Machtspiels.

Seite 19

## Zitat des Tages

«Es wird Zeit, damit aufzuhören, die Schweizer Landwirtschaft für alles Übel verantwortlich zu machen.»

**Fritz Glauser**  
Präsident Bauernverband FR  
Seite 5

## Wetter

### Am Morgen Nebel, später hohe Wolken und etwas Sonne.



Seite 20

Inhalt	
Todesanzeigen	4
Forum/Agenda	9
TV/Radio	12
Börse	16
Kinos	18

Redaktion 026 505 34 34  
Abonnemente 026 347 30 00  
Inserate 026 347 30 01  
www.freiburger-nachrichten.ch



PROMOTION  
BETTWAREN  
BIS 11.12.2021

superba  
WIR ERWECKEN IHRE RÄUME ZUM LEBEN!

Bise  
Täfers - Bulle  
www.bise.ch

# Schlechte Aussichten für Birch-Luggiwil

Die Verbindungsstrasse Birch-Luggiwil, welche die Autobahnausfahrt Düdingen mit der Strasse nach Murten verbinden soll, rückt in die Ferne. Das Uvek erteilt dem Projekt eine Absage. Der Staatsrat ist entrüstet und fordert eine Aussprache mit der Bundesrätin.

Nadja Sutter

**DÜDINGEN** Seit Jahren hofft Düdingen auf den Ausbau der zweiten Seite der Autobahnausfahrt. Die sogenannte Verbindungsstrasse Birch-Luggiwil soll die Autobahn mit der Strasse nach Murten verbinden. Das Bundesamt für Strassen (Astra), zuständig für die Autobahnen und deren Ausfahrten, hatte dafür 2017 ein 30-Millionen-Franken-Projekt eingereicht. Doch wie Radio Freiburg berichtet, will das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) dieses nicht genehmigen.

«Das Interesse des Bundes an der Verbindungsstrasse im Vergleich zu den Interessen des Kantons und der Standortgemeinde ist als gering zu betrachten», stellt das Uvek in einer Verfügung fest, die den FN vorliegt. Während der öffentlichen Auflage waren 31 Einsprachen eingegangen, und trotz zweier Differenzbereinigungssitzungen und alternativer Routenvorschläge des Astra konnten die Zweifel anderer beteiligter Bundesämter nicht ausgeräumt werden.

## «Eingriffe in die Natur»

Das Uvek spricht von «bedeutenden Eingriffen in die Natur und Landschaft» sowie einem «Verbrauch von grossen Mengen an Fruchtfolgeflächen», die eines notwendigen und überzeugenden Projekts bedürften. Dies sei gegenwärtig nicht gegeben. Deshalb sei eine Plangenehmigung derzeit nicht vertretbar. Auf Nachfrage gab das Uvek keine weiteren Auskünfte, weil es sich um ein laufendes Verfahren handle. Der Entscheid kann beim Bundesgericht angefochten werden. Derzeit laufe die Beschwerde, heisst es vonseiten des Uvek lediglich.

Der Staatsrat will diesen Entscheid nicht hinnehmen. In einem Brief an Uvek-Vorsteherin Simonetta Sommaruga, der den FN vorliegt, zeigt er sich «bestürzt». Es könne nicht sein, dass der Bund das Projekt nicht fortführe, weil sich Bundesämter nicht einig seien. Der Staatsrat fordert ein Treffen mit der SP-Bundesrätin, um über das Projekt zu sprechen. «Wir erhoffen uns, dass der Bund seine Verantwortung wahrnimmt und eine Lösung findet», sagt Staatsratspräsident Jean-François Steiert (SP), welcher der kantonalen Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion vorsteht, zu den FN.

«Über die beste Linienführung der Verbindungsstrasse gibt es verschiedene Meinungen», so Steiert weiter. «Was wir aber nicht hinnehmen können, ist, dass der Bund seine Baustelle nicht fertigstellt.» Eine Lösung zu finden mit den verschiedenen Bundesämtern sei Aufgabe des Bundes, nicht des Kantons. «Wir erwarten, dass der Bund diese Aufgabe wahrnimmt.»

## Unfertige Autobahnausfahrt

Das Problem der unfertigen Autobahnausfahrt bleibe somit ungelöst. Die Situation sei gefährlich, weil auf der Autobahn Rückstaus entstehen. «Da fahren Autos mit 120 Kilometern pro Stunde an stehenden Autos vorbei. Die Unfallgefahr ist sehr gross.» Es brauche nun weitere Schritte, um den Gefahrenherd zu beseitigen. Es sei Aufgabe des Bundes, eine Antwort darauf zu finden, wie genau das passieren soll.

Im Brief zeigt sich der Staatsrat auch erstaunt darüber, dass der Bund nicht gemeinsam mit dem Kanton nach Lösungen gesucht hat – und diesen gleichzeitig wie die Einsprecher informiert hat und nicht davon. Immerhin solle sich der Kanton mit 4,13 Millionen Franken am Projekt beteiligen.



Der noch fertigzustellende Autobahnanschluss in Düdingen.

Bild Aldo Ellena

Der Düdinger Syndic Urs Hauswirth (SP) ist überrascht über den Entscheid, wie er gegenüber den FN sagt. Die Gemeinde hat in dem Dossier nicht viel zu sagen, denn sie ist weder Gesuchstellerin noch Einsprecherin. Doch die Strasse ist für die Gemeinde wichtig. So ist etwa der Ausbau der Arbeitszone Birch mit der Verbindungsstrasse verknüpft; und diese ist auch im kantonalen Richtplan vorgesehen.

## Weitreichende Folgen

Falls die Strasse tatsächlich definitiv nicht kommt, so hat dies weitreichende Folgen auch für den Rest der Gemeinde, etwa auch auf die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt. Werde der Sika-Kreisell umgestaltet, so werde das Problem dennoch nicht gelöst, so

Hauswirth. «Der Verkehr bleibt. Wir sind an der Kapazitätsgrenze.»

Was den SP-Syndic Hauswirth besonders traurig stimmt: Im Projekt der Verbindungsstrasse ist auch die Langsamverkehrsachse vom Bahnhof bis zum Birch enthalten. Fussgängerinnen und Fussgänger sollen so ohne eine grosse Strasse queren zu müssen zum Fussballplatz spazieren können. «Es ist jetzt unklar, wie es da weitergeht.»

«Wir haben eine halbe Autobahnausfahrt in Düdingen», sagt der Sensler Oberamtmann Manfred Raemy. «Der Bund hat die Pflicht, diese fertig zu bauen.» Für den Bezirk sei die Verbindungsstrasse ausgesprochen wichtig, weil eine strategische Arbeitszone an diese angrenze.

## Chronologie

### Seit 2006 geplant

Das Bundesamt für Strassen (Astra) hat bereits 2006 entschieden, die Verbindungsstrasse Birch-Luggiwil als Teil des Nationalstrassennetzes zu realisieren. Das geht aus einer Verfügung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hervor, die den FN vorliegt. Die Strasse soll den Autobahnanschluss Düdingen direkt mit der Strasse in Richtung Murten verbinden. 2013 hatte das Astra ein Projekt dafür öffentlich aufgelegt, zog es aber selber wieder zurück, um Verbesserungen anzubringen.

2017 reichte das Astra erneut ein Projekt beim Uvek ein. Vom 12. Mai 2017 bis 12. Juni 2017 lag das Projekt öffentlich auf, woraufhin es mehrere Einsprachen gab. Im Dezember 2018 und 2019 kam es zu Differenzbereinigungssitzungen. Das Astra legte Alternativen zur ursprünglich vorgesehenen Streckenführung vor, diese vermochte die Einsprecher, darunter mehrere Bundesämter, aber nicht zu überzeugen. Das Astra hielt deshalb in seiner abschliessenden Stellungnahme im April 2021 an der ursprünglichen Streckenführung fest. *nas*

# Ein Jahr lang Steuerparadies spielen

Auboranges hat Greng verdrängt und war 2019 die Freiburger Gemeinde mit dem höchsten Steuereinkommen pro Person.

Urs Haenni

**FREIBURG** Alle paar Jahre muss die Seebezirkler Gemeinde Greng den Status als kantonalen Steuerkrösus an eine andere Gemeinde meist im französischsprachigen Kantonsteil abtreten. Das waren in den letzten zehn Jahren je einmal Siviriez im Glanebezirk, Crésuz im Greyerbezirk und zuletzt, im Steuerjahr 2019, Auboranges im Glanebezirk.

Auboranges: einst Besitztum der Grafen von Savoyen, zwischen den Freiburger Gemeinden des Eculens und Rue sowie den Waadtländer Gemeinden Oron, Essertes, Servion und Jorat-Mézières gelegen, 1,93 Quadratkilometer, mehrere Einzelhöfe, 282 Einwohner – und im Jahr 2019 mit 11246 Franken das höchste Steueraufkommen pro Person im Kanton.

Zum Vergleich wies Greng im selben Jahr nur 9745 Franken aus, wie aus der soeben veröffentlichten Steuerstatistik 2019 hervorgeht. Auboranges verdankt diesen Spitzenplatz in

erster Linie der im selben Jahr beschlossenen kantonalen Unternehmenssteuerreform. Diese Steuerreform beinhaltete unter anderem eine Erhöhung der Besteuerung auf Dividenden, welche per 2020 in Kraft trat. Gewisse Geschäftsinhaber aus der Gemeinde hätten deshalb entschieden, sich 2019 ihre Dividenden auszahlen und zu einem tieferen Satz versteuern zu lassen, erklärte der Syndic laut dem damaligen Bericht von «La Liberté» damals der Gemeindeversammlung. Dies bedeutete eine Erhöhung der steuerbaren Einkommen um 65 Prozent gegenüber dem Budget. So entschlossen sich die Bürger von Auboranges zu einer Senkung des Gemeindesteuerfusses von 50 auf 40 Rappen, damit alle Bürger etwas davon hätten, wie der Syndic damals erklärte.

Gleichzeitig war auch klar, dass es sich dabei um ein aussergewöhnliches Vorkommnis handelte. Tatsächlich: Noch im Dezember desselben Jahres beantragte der Gemeinderat

eine Erhöhung der Gemeindesteuern von 40 Rappen auf einen Franken. Die Bürger lehnten dies ab, akzeptierten aber Ende Februar 2020 doch eine Erhöhung auf 92 Rappen.

## Auch in Greng harzt es

Doch auch Greng ist nicht mehr so auf Rosen gebettet wie in vergangenen Jahren. Während der Steuerschnitt der Seebezirkler Gemeinde zuvor immer über 16000 Franken pro Person betragen hatte, ging er 2019 auf 11246 Franken zurück. Greng musste in der Rechnung 2019 Rückstellungen für Steuerausfälle in der Höhe von 220000 Franken auflösen und in der Rechnung 2020 nochmals 200000 Franken. Der Grund dafür liegt nach Angaben der Gemeinde in der Belastung durch den interkantonalen Finanzausgleich und durch Beteiligungen an Gemeindeverbänden. Da ab 2022 gemäss Finanzplan gar ein Ausgabenüberschuss von jährlich über einer halben Million Franken erwartet wird, hat der Gemein-

derat von Greng auch schon eine Steuererhöhung angekündigt. Hinter den beiden Spitzenreitern rangieren beim durchschnittlichen Steuereinkommen die üblichen Gemeinden wie Crésuz, Muntelier, Merlach, Pierrafortscha und Mont-

Vully. Am Schluss der Tabelle kommen mit den geringsten Steueraufkommen St. Silvester, Prévondavaux, Cheiry und mit 1808 Franken als Schlusslicht Jaun.

Im kantonalen Vergleich ist wie jedes Jahr – mit Ausnahme

von 2015 mit dem Glanebezirk – der Seebezirk mit 3203 Franken jener Bezirk, der am meisten Steuern pro Einwohner abblefert. Zählt man zu den natürlichen die juristischen Personen hinzu, so nimmt die Stadt Freiburg mit 4662 Franken vor Saane-Land die Spitzenposition ein. Der Seebezirk folgt unmittelbar dahinter.

Über den gesamten Kanton gesehen sind 2019 die Einkommenssteuern der natürlichen Personen um 32,6 Millionen Franken oder 4,1 Prozent gestiegen und die Vermögenssteuern um 5,3 Millionen Franken oder 6,2 Prozent. Bei den juristischen Personen haben sich die Gewinnsteuern im Jahr vor der Steuerreform um 12,5 Millionen Franken (plus 6,2 Prozent) erhöht. Bei den Kapitalsteuern beträgt die Steigerung 700 000 Franken oder 2,4 Prozent. Die Steuerstatistik 2019 wurde weder bei den natürlichen noch bei den juristischen Personen durch eine Gesetzesänderung beeinflusst, hält die Finanzdirektion fest.

## Zahlen und Fakten

### Freiburger besitzen 63 Milliarden Franken

Gemäss der Steuerstatistik 2019 besitzen die Freiburgerinnen und Freiburger ein deklariertes Vermögen von 63,2 Milliarden Franken. Davon werden 34,7 Milliarden Schulden und 3,3 Milliarden Sozialabzüge in Abrechnung gebracht. Insgesamt hatten 5508 Personen ein steuerbares Vermögen von über 1 Million Franken. Durchschnittlich hat die Altersgruppe zwischen 65 und 79 Jahren am meisten Vermögen, hauptsächlich in Form von Immobilien, Wertschriften

und Kapitalien. Beim Einkommen schneidet die Altersgruppe von 50 bis 64 Jahren am besten ab. Insgesamt haben die Freiburger 2019 ein Einkommen in der Höhe von 14,2 Milliarden Franken deklariert. Davon konnten sie abziehen: 1,9 Milliarden für Versicherungen, 1,1 Milliarden für Sonstiges, 500 Millionen für Schuldzinsen und 900 Millionen für Sozialabzüge. 11,8 Prozent der Steuerpflichtigen hatten ein steuerbares Einkommen von über 100 000 Franken. *uh*